



Für **Yurii Sheliashenko**, Kiew, engagierter Kriegsdienstverweigerer und Pazifist, der deshalb in seinem Heimatland Ukraine strafrechtlich verfolgt wird.

Gruß und Solidarität

via Europäisches Büro für Kriegsdienstverweigerung (EBCO) und
via Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK)

8. August 2023

Lieber Yurii,

Dein Name ist uns seit längerer Zeit vertraut, auch wenn Dir unsere Bundesvereinigung gar nicht oder kaum bekannt sein wird. Gestatte uns deshalb, unserem Gruß eine kurze historische Anmerkung voranzustellen. Nur wenige Opfer der Wehrmachtjustiz gründeten 1990 unseren bundesweiten Zusammenschluss. Sie hatten die Gräueltaten und Schrecken des Krieges von 1939-1945 überlebt, obwohl sie sich dem Kriegsdienst widersetzt, entzogen oder verweigert hatten.

Das 1933 in Deutschland an die Macht gekommene NS-Regime zwang seit 1935 seine männlichen Bürger durch ein Wehrpflichtgesetz zum Militärdienst. Der wurde ab 1. September 1939 zum Kriegsdienst, weil NS-Deutschland seine Nachbarländer überfiel, militärisch unterwerfen wollte. Bereits 1938 war rechtlich geregelt worden, dass Fahnenflucht oder Verweigerung des staatlich erzwungenen Kriegsdienstes sehr hart bestraft werden sollten. Das schloss die Todesstrafe ein. Die nationalistische Gewalt-Fixierung des Faschismus führte dazu, gerade diejenigen, die sich öffentlich für Gewaltverzicht und für friedliche Streitbeilegung einsetzten, als politische Todfeinde zu brandmarken: Pazifisten wurden von den Nazis zuerst verspottet, später ausgegrenzt, gesetzlich verfolgt und schließlich getötet. Die Schein-Legalität des NS-Regimes erlaubte das, Widerspruch und Widerstand dagegen waren nicht zugelassen, fanden kaum statt. Fürsprache für Gewaltlosigkeit und zivile Konfliktbearbeitung war und ist - leider bis heute - in einer Minderheitsposition.

1990 wurde unsere Bundesvereinigung gegründet, um die Anerkennung und Rehabilitierung der Kriegsdienstverweigerer und Deserteure zu erreichen, die - wie andere Kriegsdienstgegner*innen - Opfer der NS-Militärjustiz geworden waren. Über 30.000 Todesurteile wurden in den sechs Kriegsjahren verhängt, mindestens 22.000 davon vollstreckt. Während viele Wehrmachtjuristen den Krieg überlebten und oft ihre berufliche Laufbahn fortsetzen konnten, blieben die Opfer der Wehrmachtjustiz, die überlebt hatten, ausgegrenzt. Deren Bemühungen, das erlittene Unrecht rechtlich anerkennen und rehabilitieren zu lassen, waren vor 1990 so oft gescheitert, dass erst im Zusammenhang mit der Friedensbewegung, im Zuge der Ost-West-Entspannungspolitik und dem friedlichen Wandel in Europa neue Hoffnung auf eine Neubewertung der gewaltlosen Widerständigkeit gegen die Wehrmacht aufkam. Die gesetzliche Rehabilitierung der Kriegsdienstverweigerer und Wehrkraftzersetzer durch den Deutschen Bundestag erfolgte 1998, vier Jahre später wurden die Wehrmachtdeserteure pauschal rehabilitiert und es sollte bis 2009 dauern, bis schließlich auch die ‚Kriegsverräter‘ als bis dahin immer noch ausgegrenzte Opfer der NS-Militärjustiz endlich anerkannt wurden. Das obwohl – nach einem von Ludwig Baumann oft verwendeten, pointierten Zitat – „Kriegsverrat Friedenstat (ist)!“

Mit dem Überfall der russischen Armee auf die Ukraine begann 2022 ein weiterer Krieg, der - wie alle Kriege - zu verurteilen ist. Auch wer Verständnis für völkerrechtlich legitime Verteidigung mit militärischen Mitteln hat, erinnert aber mit guten Gründen daran, dass das **Gewaltverbot** nach Artikel 4 Abs. 2 der UNO-Charta Vorrang hat. Zumindest ist sicherzustellen, dass auch nationale Gesetzgebung das Menschenrecht der Gewissensfreiheit zur Militärdienstverweigerung gewährleistet. Artikel 18 des Internationalen Vertrags über zivile und politische Rechte, den auch die Ukraine unterzeichnet hat, sieht das in freiheitlicher Auslegung vor. Ein Staat, der Engagement für Frieden und Verweigerung des Kriegsdienstes nicht fördert, sondern verfolgt, belegt damit öffentlich, dass er militärische Gewaltanwendung begünstigt.

Die gegenüber Dir erhobenen Anschuldigungen, aber auch die Berichte von Menschenrechtsorganisationen über staatliche Verfolgung und Bestrafung von Lage der Kriegsdienstverweigerer in der Ukraine legen nahe, dass die Ukraine aktuell sehr weit davon entfernt ist, diesbezüglich freiheitliche europäische Standards zur Kenntnis zu nehmen, geschweige denn zu erfüllen.

Mit unserem solidarischen Gruß an Dich verbinden wir die Hoffnung, dass Du der Repression standhalten kannst. Wir wünschen Dir einen langen Atem, dass Deine Abwehrkräfte stark bleiben und Deine Motivation anhält, Dich weiterhin als Pazifist für Frieden durch Gewaltfreiheit zu engagieren.

Aus Bremen unsere besten Wünsche und solidarische Grüße!

Günter Knebel, Vereinsvorstand und Web-Redakteur

ehemaliger Vorsitzender (1990-2018):
Ludwig Baumann (* 13.12.1921, † 5.07.2018)
Vorsitz aktuell vakant.

Schriftführer: Günter Knebel
E-Mail: info@bv-opfer-ns-militaerjustiz.de

Wissenschaftlicher Beirat
Ehrenvorsitz: Prof. Dr. Manfred Messerschmidt, Freiburg † /
Vorsitzender: Prof. Dr. Wolfram Wette, Freiburg /
Beisitzer: Prof. Dr. Detlef Garbe, Hamburg /
Günter Saathoff, Berlin / Prof. Dr. Peter Steinbach, Berlin /
Dr. Rolf Surmann, Hamburg.